



# BVV SÜDWEST

Journal der CDU-Fraktion Steglitz-Zehlendorf

Nr. 45 / 28. März 2026



Der linksextremistische Anschlag vom 3. Januar beschäftigt immer noch die Bezirkspolitik

## Der linke Terror und die Folgen

**Steglitz-Zehlendorf.** Die Folgen des großflächigen Blackouts nach dem linksextremistischen Anschlag am ersten Wochenende des neuen Jahres in mehreren Ortsteilen des Bezirks beschäftigen weiterhin die Bezirkspolitiker. In der Januar-Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung mußte die grüne Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg, erklären, warum damals die „Großschadenslage“ so spät ausgerufen worden sei.

Der linksradikale Terroranschlag am 3. Januar hat weit über Berlin hinaus für Aufmerksamkeit und Erstaunen gesorgt und Debatten über die Sicherheit kritischer Infrastruktur ausgelöst. Eine linksextremistische „Vulkan-Gruppe“ begründete ihr Attentat mit der propagandistischen Formel, „den Bonzen den Saft abzudrehen.“ Linke- und Grünen-Politiker suchten in der Folge, von den Ursachen und der geistigen Haltung der Attentäter abzulenken oder deren politischen Absichten zu vernebeln. In der Sitzung gefiel sich eine SPD-Bezirksverordnete darin, einen Pullover mit dem Symbol der sogenannten „Antifaschistischen Aktion“ zu tragen. Den unter diesem Zeichen auftretenden Gruppen wirft der Verfassungsschutz zurecht die Begehung von Gewalt-



Im Zehlendorfer Rathaus – wie hier im Fraktionssaal der CDU – fanden Opfer des Terroranschlags heiße Getränke und etwas zu essen. Foto: M.A. Schmidt

taten vor. CDU-Fraktionschef Torsten Hippe sprach dies in der Sitzung an und warf ihr eine Schamierfunktion zum gewalttätigen Linksextremismus vor. Die SPD-Verordnete fragte diesen, was er gegen Antifaschismus habe, woraufhin Hippe erwiderte: „Nichts, wenn er nicht mit Gewalt verbunden ist.“ Aus der Sicht der CDU-Fraktion ist es eine Ungeheuerlichkeit, in der De-

batte über einen linken Terroranschlag Nähe zu linken Gewalttätern zu demonstrieren.

Während also die linken Parteien die „Vulkan“-Propaganda kleinreden wollten, bewies die bürgerliche Gesellschaft Steglitz-Zehlendorfs, wie sie in der Not zusammenrückt. Nicht nur die CDU-Stadträte Tim Richter, Malgorzata

Sijbrandij und Patrick Steinhoff waren seit Sonntag, 4. Januar, an Bord, sondern auch die Bezirksverordneten der CDU-Fraktion, um Bürger im Warmen mit Essen, Trinken oder einer Steckdose zu helfen. So verwandelte sich der große Fraktionssaal der CDU vier Tage lang in eine Cafeteria, wo Betroffene Kaffee, einen Imbiß und Kuchen fanden oder auch

Gesprächspartner, um ihre Erfahrungen über den Ausnahmezustand auszutauschen. Sogar reichhaltige Suppen hatte der CDU-Abgeordnete Tom Cywinski organisiert, um Steglitz-Zehlendorfern über die schweren Tage zu helfen, ehe dann am Mittwoch, 7. Januar, das Licht, die Heizung und damit auch alles andere endlich wieder funktionierte.

Aus der Anfrage des Bezirksverordneten Bernhard Lücke

## Wie bereitet sich Steglitz-Zehlendorf auf die nächste Krise vor?

**Nach dem linksterroristischen Anschlag auf die Stromversorgung vom 3. Januar möchte die CDU vom Bezirksamt wissen, ob es eine solche Katastrophe in Betracht gezogen habe und welche Lehren es aus dem Ereignis gezogen habe. Dazu hat der Bezirksverordnete Bernhard Lücke eine Anfrage mit 13 Punkten an das Bezirksamt gerichtet.**

Neben technischen und bürokratischen Einzelheiten um Katastrophenschutzpläne und Übungen geht es Lücke um die Frage, wie die Behörden des Bezirks für ähnliche Notfälle in der Zukunft vorbereitet seien.

„Ist das Bezirksamt seinen Pflichten aus dem Katastrophenschutzgesetz nachgekommen, hat es einen tauglichen Katastrophenschutzplan erstellt und eine Krisenstabsstruktur aufgebaut?“, will Lücke unter anderem wissen: „Gab es einen Sonderplan für die neue Lage, gab es eine jährliche Katastrophenschutzübung mit Betreibern kritischer Infrastrukturen? Welche vorbereiteten Unterlagen hat der Krisenstab für die Bewälti-

gung der Großschadenslage heranziehen können, haben diese sich als tauglich erwiesen? Wann ist der Katastrophenschutzplan den Mitgliedern des Krisenstabes in welcher Form zugegangen?“

Zudem fragt Lücke nach der Zusammensetzung von Krisenstäben und ihrer Abstimmung mit Katastrophenschutzbehörden und will in diesem Zusammenhang wissen: „Hat das Bezirksamt erwogen, sämtliche Wohnungen im Bezirk in den vom Linksterrorismus elektrisch abgeschnittenen Gebieten zu überprüfen, um festzustellen, ob ältere oder hilfsbedürftige Personen auf Hilfe angewiesen sind?“. Anfang Januar herrschte schließlich Frost bis zu minus 10 Grad in Berlin.

„Hält das Bezirksamt die im Katastrophenschutzgesetz vorgesehenen Vorschriften zur Datenübermittlung für ausreichend, um alle notwendigen Angaben der Betroffenen zu erhalten und diese bezüglich einer Hilfsbedürftigkeit rastern zu dürfen?“

War wirklich Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) für die Aus-

rufung der Großschadenslage erst am Sonntagnachmittag verantwortlich, wie die Bezirksbürgermeisterin im Haushaltsausschuß angedeutet hat und durch Berichte aus der Landesverwaltung bestätigt wurde – und das, obwohl bereits am Sonnabend gegen 15.30 Uhr feststand, daß wahrscheinlich große Teile von Lichterfelde und Zehlendorf vier bis fünf Tage lang ohne Stromversorgung sein würden und die Menschen in ihren Häusern zu erfrieren drohten? Von zu erwartenden Sachschäden durch das Platzen von Wasserrohren und das Einfrieren von Wärmepumpen gar nicht zu reden.“

**Hat Innensenatorin Spranger schnellere Hilfe verzögert?**

„Warum traten erst am Montag Bundeswehr und andere Hilfsorganisationen in Aktion, obwohl es vorher Angebote von Hilfsorganisationen sogar aus Westdeutschland gab? Nahm die Bundeswehr bereits lange vorm Sonntag, 17 Uhr, an den Beratungen des Bezirkes teil, bevor die Streitkräfte tatsächlich eingesetzt wurden?“ Konkret fragt Lücke:

„Teilt das Bezirksamt die Auffassung der CDU-Fraktion, daß die Verzögerung durch Innensenatorin Spranger ein Schlag ins Gesicht für alle betroffenen Bürger im Bezirk ist und diese ihr Amt nachlässig ausgeübt hat? Nahm sie in Kauf, daß schwerere Schäden entstünden, als wenn sie die Großschadenslage sogleich ausgerufen hätte?“ Weiter will Lücke wissen, ob das Bezirksamt versucht habe, die Senatorin zur Feststellung der neuen Lage zu bewegen. Habe das Bezirksamt bei Senatorin Spranger dabei etwas zum Wohle der Bevölkerung Steglitz-Zehlendorfs erreicht, fragt der Sicherheitsspezialist, oder habe erst der Regierende Bürgermeister der Innensenatorin ein Ultimatum setzen müssen, damit diese endlich tätig würde?

„Wollten andere Bezirke und Hilfsorganisationen Steglitz-Zehlendorf ihre Unterstützung anbieten und haben im Bezirksamt niemanden erreicht? Wenn ja, welche Bezirke waren es und warum ist ihnen nicht geantwortet worden?“

Hat das Bezirksamt versäumt, vom Senat von Berlin finanzierte

Stellen für den Katastrophenschutz zu besetzen? Wie begründet die Bezirksbürgermeisterin ihre Aussage gegenüber dem Rundfunk Berlin-Brandenburg, daß eine Steuerung vom Land erforderlich sei und nicht vom einzelnen Bezirk, und sie sich „in die Verantwortung gedrängt fühle“, wenn doch der bezirkliche Krisenstab nach §§ 12 Abs. 4. KatSchGber, 2 Abs. 2 ASOG zuständig ist. War die Bezirksbürgermeisterin überfordert?“

„Ist das Bezirksamt mit der CDU-Fraktion der Meinung“, so fragt Bernhard Lücke abschließend, „daß die bürgerliche Gesellschaft in Steglitz-Zehlendorf sich von ihrer besten Seite gezeigt hat und gegenseitige Hilfe vorbildhaft zwischen den Bürgern zielgerichtet ausgetauscht wurde?“ Damit sollten nach Lückes Meinung die Verantwortlichen staatlicher Stellen keinesfalls entlastet werden.

Mit dem Blackout befaßten sich bei den jüngsten BVV-Sitzungen weitere Anträge der CDU-Fraktion. Diese sowie persönliche Gedanken des Verordneten Bernhard Lücke lesen Sie auf **Seite 2/3!**

### Liebe Leser,

das neue Jahr begann mit einem Knall. Am Sonnabend, 3. Januar 2026, zerstörten linke Terroristen mehrere Hochspannungsstränge einer Kabelbrücke über den Teltowkanal in Lichterfelde. 45 000

Haushalte, fünf Krankenhäuser und 2200 Gewerbebetriebe in weiten Teilen des Bezirks waren damit von der Stromversorgung abgeschnitten. Betroffen waren auch das Telefonnetz und 57 Mobilfunkanlagen – der längste Blackout in Berlin seit 1945.

Das Attentat reklamierte eine sogenannte Vulkangruppe für sich, gewalttätige Linksextremisten, die zuvor bereits durch Anschläge wie den auf einen Strommast nahe dem Tesla-Werk in Grünheide Aufmerksamkeit erregt hatten. Ein tagelanger Blackout ohne Licht, Heizung oder Warmwasser in Lichterfelde, Zehlendorf, Nikolassee und Wannsee folgte. Erst am Mittwoch, 7. Januar, war die Stromversorgung im Bezirk vollständig wiederhergestellt.

Die Suche nach den Urhebern des Terrors geht auch drei Monate später weiter. Bislang wurde keiner der linksextremistischen Täter ermittelt. Ebenso wichtig wie die Aufklärung des Verbrechens ist die Suche nach Schwachstellen in der Infrastruktur, denen sich verantwortungsvolle Kommunalpolitiker seit Januar widmen, sowie die Frage der Vorbeugung. Der CDU-Bezirksverordnete Bernhard Lücke stellte dazu einen 13 Punkte umfassenden Katalog zusammen (siehe nebenstehender Beitrag). Wie können wir in Zukunft solche Attentate verhindern und wie auf die möglichen Folgen besser vorbereitet sein? Darüber müssen sich die Verantwortlichen Steglitz-Zehlendorfs und Berlins rasch Klarheit verschaffen.

In der ersten BVV-Debatte nach dem Anschlag zeigte sich indes auch die Grenze menschlicher Auffassung. Eine SPD-Verordnete zeigte auf ihrem Pullover das Abzeichen der sogenannten „Antifa“ und wollte ernsthaft widersprechen, als CDU-Fraktionschef Torsten Hippe auf die Urheberschaft des Terroraktes hinwies. Laut Verfassungsschutz wird das „Antifa“-Symbol vor allem im gewaltorientierten Linksextremismus verwendet. Straftaten wie Sachbeschädigungen, Brandstiftungen oder teils erhebliche Körperverletzungen gehören laut Verfassungsschutz dazu, bei denen in Einzelfällen wie auch bei diesem Attentat der Tod von Menschen in Kauf genommen wird. Wenn die SPD so ein Verhalten deckt, ist sie keine bürgerlich-staatstragende Partei mehr.

Auf einen positiven Effekt des Blackouts wies Bernhard Lücke auch hin: In der Not half die bürgerliche Gesellschaft dieses Bezirks sich gegenseitig, richtete Anlaufstellen für Betroffene ein (auch im CDU-Fraktionssaal), wo sie Wärme, Kaffee und Imbiß, einen Fahrdienst und Spannung für ihre Mobiltelefone fanden. Sie zeigte den Vulkan-Terroristen und Sympathisanten, daß sie im Abseits stehen und von der Bevölkerung verachtet werden.

Ich wünsche Ihnen frohe Ostern.  
Ihr Martinus A. Schmidt

**POLITISCHE ANZEIGE**  
Für diese und die folgenden drei Seiten gilt: Der Auftraggeber ist die Fraktion der CDU in der BVV Steglitz-Zehlendorf. Die Anzeige steht im Zusammenhang mit der Arbeit der BVV-Fraktion. Weitere Informationen unter [https://funkmediadesales.de/tb/60310177\\_260328\\_1](https://funkmediadesales.de/tb/60310177_260328_1)

## TAGEBUCH EINER KRISE

von Bernhard Lücke

## Wenn das Licht zurückkehrt, die Kälte aber bleibt

Das Surren der Kaffeemaschine klang selten so verheißungsvoll. Als der erste Espresso in die Tasse tröpfelt, ist es der erste warme Moment nach fünf Tagen, die sich wie eine Ewigkeit anfühlten. Ich stehe in meiner Küche, im Mantel und mit Mütze. Das Thermometer zeigt gnadenlose minus 8 Grad Celsius. Fünf Tage Dunkelheit liegen hinter den Menschen in Teilen von Steglitz und Zehlendorf, fünf Nächte in einer Stille, die in einer Großstadt eigentlich nicht existieren dürfte. Rund 100 000 Berliner sind betroffen. Der größte Stromausfall nach dem Krieg.

Die Rückkehr in die Wohnung gleicht einer Expedition in eine konservierte Eiszeit. Die Wände strahlen eine Kälte ab, die bis in die Knochen zieht. Doch das Schlimmste ist die Isolation. Als der Strom ging, starb auch das Netz. Kein Internet, kein Mobilfunk, kein Radio. Die Basisstationen hielten mit ihren Batterie-puffern nur wenige Stunden durch, dann waren die Menschen abgeschnitten. Wer wissen wollte, was los ist, muss raus zu den Lautsprecherwagen der Polizei oder zu Nachbarn mit altem Batterieradio.

**Ein Härte-test für die Schwächsten**  
Draußen spielte sich Anfang Januar ein Drama ab, das die Verwundbarkeit unserer Gesellschaft offenlegte. Während einige in dicke Decken gehüllt ausharrten, kämpften andere um ihre Existenz. Besonders hart traf es jene, die auf Hilfe angewiesen sind. Die digitalen Notfallknöpfe am Handgelenk waren nutzlos – sie laufen über das Internet; ohne Funknetzantenne, kein Ruf. Es folgte ein logistischer Kraftakt: Pflegeheime, deren Notstromversorgung nicht für Tage ausgelegt war, mußten evakuiert werden. Hochbetagte Menschen wurden in Turnhallen untergebracht. Es sind Bilder, die hängenbleiben: Feldbetten statt Pflegebett, Neonlicht statt gewohnter Umgebung.

Die Rückkehr des Stroms bringt nicht überall und nicht sofort Erlösung. In der Nachbarschaft macht die Nachricht die Runde: Viele Wärmepumpen haben die Kälte nicht überlebt. Wasser in den Leitungen ist gefroren, Elektronik defekt. Mancher Heizungsbetrieb ist auf Wochen ausgebuht.

**Blaulicht im Dauereinsatz**  
Daß Steglitz-Zehlendorf nicht im Chaos versank, ist Tausenden von Einsatzkräften zu verdanken. Die Berliner Feuerwehr und das Technische Hilfswerk (THW) waren omnipräsent. Überall wurden Notstromversorgungen aufgebaut, „Katastrophen-Leuchttürme“ errichtet – Anlaufstellen für Bürger, die Hilfe brauchten oder Notrufe absetzen mussten. Doch das Hinstellen der Technik allein reicht nicht. Aggregate müssen ständig nachgetankt werden. Hier kam die Bundeswehr ins Spiel. Mit schwerem Gerät sicherten Soldaten den Nachschub für THW und Feuerwehr. Diese „grüne“ Unterstützung war das Rückgrat, das die „blauen“ Organisationen am Laufen hielt, damit das Licht in Krankenhäusern nicht wieder ausging.

**Uhrmacherarbeit bei Eiseskälte**  
Währenddessen fand der eigentliche Kampf an der zerstörten Kabelbrücke in Lichterfelde statt. Dort, wo ein linksextremistischer Brandanschlag fünf Hochspannungskabel zerstört hatte, leisteten Techniker Übermenschliches. Es war „Uhrmacherhandwerk unter Schwerlast“. Die 110 000-Volt-Leitungen mussten geflickt werden – ein komplexer Vorgang, bei dem alte Ölkabel mit modernen Kunststoffkabeln verbunden wurden. Ein Haar in der Verbindungsmuffe hätte zur Explosion geführt. Unter beheizten Zelten schulen hundert Mitarbeiter von Stromnetz Berlin eine Reinraum-Atmosphäre bei Frost und Wind. Sie schafften in fünf Tagen, was normalerweise fünf Wochen dauert.

Mit der warmen Tasse in der Hand hat sich mein Blick auf die Stadt verändert. Wir haben gesehen, wie fragil unsere Adern aus Kupfer und Glasfaser sind. Aber wir haben auch gesehen, dass im Dunkeln Hände gereicht werden. Berlin hat gefroren, aber Berlin hat funktioniert.

## Bezirksverordnete Ute Hahnfeld

## Infosystem und einheitliche Öffnungszeiten von Kitas

**Steglitz-Zehlendorf. Die Öffnungszeiten von Kindergärten im Bezirk sollen nach Vorstellung der CDU-Fraktion einheitlich und für jedermann nachzulesen auf der Internetseite des Bezirksamtes veröffentlicht werden.**

Die Übersicht solle Angaben jeder Einrichtung, den Träger, die Anschrift, den Ortsteil und reguläre Öffnungszeiten enthalten, heißt es im Antrag der Bezirksverordneten Ute Hahnfeld. Zur Übersicht sollen laut dem Antrag auch Telefon- und andere Kontakte jeder Kita, angebotene Randzeiten und Angaben zu regelmäßigen Schließzeiten gehören. Bislang seien diese Informationen auf zahlreiche

konkret geltenden Öffnungszeiten transparent dargestellt sind, ist derzeit nicht öffentlich verfügbar.“

Für Familien Steglitz-Zehlendorfs seien verlässliche und rasch einholbare Informationen zu den Öffnungszeiten von Kindertagesstätten ein zentraler Baustein, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen und Betreuungswege planen zu können. Die Erfüllung dieser Anforderungen würde in Steglitz-Zehlendorf einen wichtigen Beitrag zu mehr Transparenz, Bürgerfreundlichkeit und praktischer Unterstützung von Familien führen. Zugleich verfügte die Verwaltung über ein wirksames Instrument zur Steuerung und Analyse frühkindlicher Angebote.

Sie erreichen Ute Hahnfeld per E-Mail an [utehahnfeld@googlemail.com](mailto:utehahnfeld@googlemail.com)



Die erhobenen Daten könnten zudem in einem maschinenlesbaren, offenen Format (wie CSV oder JSON) zur Verfügung gestellt werden können, um Eltern oder weiteren Akteuren und öffentlichen Stellen die weitergehende Nutzung in Beratungsangeboten oder Informations-Apps zu ermöglichen. Über die Maßnahmen soll nach Vorstellung der Bezirksverordneten nach einem halben Jahr das Amt der BVV einen Bericht vorlegen. Mit den Kita-Trä-



Eltern von Kitakindern sollen laut Ansicht der CDU-Fraktion künftig schneller erfahren können, zu welchen Zeiten die jeweilige Einrichtung geöffnet hat. Foto: Firm, AdobeStock

gern sollten Änderungen von Öffnungszeiten und längerfristige Einschränkungen so rasch wie möglich an das Jugendamt gemeldet werden, um die Übersicht auf dem neuesten Stand zu halten. Hierzu solle ein einfaches di-

gitales Meldeverfahren entwickelt werden, so Hahnfeld.

Die Veröffentlichung der Übersicht auf der Website des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf gewährleiste eine breite Zugänglichkeit für alle

Interessierten. „Langfristig kann auch geprüft werden, inwieweit die bezirkliche Lösung an landesweite Instrumente angebunden oder in diese integriert werden kann, um Doppelstrukturen zu vermeiden“, erläutert Hahnfeld.

## Bezirksverordneter Ralf Fröhlich



Der Verordnete Ralf Fröhlich kritisiert das trotz langer Planungszeit kaum zu Ende gedachte Verkehrskonzept für Nieritzweg, Gutzmann- und Leo-Baeck-Straße. Foto: O. Schmidt

## Vier Jahre Arbeit für unfertiges Verkehrskonzept

**Zehlendorf. Das vom grünen Stadtrat Urban Aykal vorgelegte Verkehrskonzept ist nach Auffassung der CDU dürftig und kaum zu Ende gedacht.**

Der Bezirksverordnete Ralf Fröhlich bemängelt das magere Ergebnis eines vierjährigen Riesenaufwandes mit Verkehrszählung, Bürgerbefragung und Beauftragung eines externen Ingenieurbüros. Die CDU will auch künftig keinen Lkw-Verkehr durch den Nieritzweg.

Ohne Beschränkungen würden in dem Viertel vor allem Lastkraftwagen die Ruhe der Anwohner stören und die Sicherheit der

Sie erreichen Ralf Fröhlich unter 0179 / 537 93 63 oder per E-Mail an [fruehlich-ralf@gmx.de](mailto:fruehlich-ralf@gmx.de).



„Das Bezirksamt benötigte vier Jahre für ein unfertiges Verkehrskonzept“, merkt Fröhlich an. Die Anwohner der Leo-Baeck-Straße müßten wegen des Lieferverkehrs für das Behring-Klinikum, das Seniorenheim in der Claszeile und der Kita „In der Heimat“ allergrößte Störungen hinnehmen, da das neue Verkehrskonzept des Bezirksamtes vorsehe, den Verkehr aus der Machnower Straße in der Gutzmannstraße, an der Walterhöferstraße in Richtung Leo-Baeck-Straße in Zukunft zu sperren. Fröhlich, der bereits im Jahr 2021 einen Runden Tisch zu dem Problem gefordert hatte, wirft Verkehrsstadtrat Aykal (Grüne) vor, nicht an die Folgen zu denken.

## Bezirksverordnete Tatjana Goebel

## Bad mit Bundeshilfe sanieren

**Zehlendorf. In einem Antrag der Bezirksverordneten Tatjana Goebel wird das Bezirksamt ersucht, sich beim Land Berlin und dem Bund dafür einzusetzen, daß das „Lern- und Therapiebad PrimaVita“ am Teltower Damm im Rahmen der zweiten Tranche des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten“ gefördert und wieder eröffnet wird.**

Mit dem Programm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ stellt der Bund zusätzliche Mittel besonders für Schwimmbäder bereit. Dies eröffne auch für Steglitz-Zehlendorf die Chance, Bundesmittel einzuwerben, so Goebel. Schwimmbäder seien wichtige Orte der

Sie erreichen Tatjana Goebel per E-Mail an [tana4b@gmail.com](mailto:tana4b@gmail.com)



Gesundheitsförderung und sozialen Teilhabe. Das Gesundheitszentrum PrimaVita, das zum Krankenhaus Waldfriede gehört, leiste mit dem Bad einen Beitrag zur wohnortnahen Gesundheitsversorgung, erläutert die Kommunalpolitikerin. Angesichts des Sanierungsbedarfs im Bereich der Schwimmbad-Infrastruktur solle der Bezirk das Bundesprogramm aktiv nutzen, um den Erhalt und die Modernisierung des PrimaVita-Bades zu unterstützen.

## Bahnhof vom Schmutz befreien

**Wannsee. Die Einrichtungen rund um den Bahnhof Wannsee müssen nach dem Willen der CDU-Fraktion gesäubert und instandgesetzt werden.**

Dazu zählen nach Angaben der Bezirksverordneten Tatjana Goebel sowohl die Zugänge im Gebäude und in den Tunneln als auch ehemals genutzte öffentliche Einrichtungen wie ein Münzfernsprecher oder eine stehengebliebene Bahnhofsuhr, wie es in ihrem Antrag heißt. Die Kommunalpolitikerin beklagt darin die Verschmut-

zung und Verwahrlosung des Bahnhofs und seiner Umgebung. Die Vernachlässigung des gesamten Bereiches, für den verschiedene Stellen verantwortlich seien und fordert das Bezirksamt auf, sich zur Behebung des Übels mit Bahn und BSR in Verbindung zu setzen. Die CDU-Politikerin verspricht sich durch regelmäßige Säuberung und Instandhaltung der Anlage auch eine Erhöhung der öffentlichen Sicherheit. Nicht mehr genutzte Einrichtungen ohne Aussicht auf Reparatur sollten entfernt werden, so Goebel.



Um 16.56 Uhr zeigt die Bahnhofsuhr halb Zehn. Die CDU will sie und den ungepflegten Bau in Ordnung bringen lassen. Foto: O. Schmidt

**Bezirksverordnete Karen Wirrwitz**

# Ordnungsamt soll mehr kontrollieren

**Steglitz-Zehlendorf.** Das Bezirksamt soll nach dem Willen der CDU-Fraktion an Wochenenden verstärkt Kontrollen an beliebten touristischen Plätzen vornehmen.

Ein Antrag der Bezirksverordneten Karen Wirrwitz sieht vor, daß das Bezirksamt sicherstellen möge, zur Sauberkeit und Einhaltung ordnungsrechtlicher Vorschriften künftig regelmäßig – vor allem an Wochenenden – Schwerpunktkontrollen des Ordnungsamts an touristisch stark frequentierten Orten im Bezirk wie am Wannsee, Schlachtensee, Botanischen Garten oder rund um die Schloßstraße stattfinden zu lassen.

Karen Wirrwitz erreichen Sie unter ☎ 90 299-53 10 und per E-Mail an [wirrwitz@fraktion-steglitz-zehlendorf.de](mailto:wirrwitz@fraktion-steglitz-zehlendorf.de).



Besonders Verstöße gegen ordnungsrechtliche Vorschriften wie illegales Müllabladen, Wegwerfen von Zigarettenkippen und wildes Urnieren sollten Wirrwitz zufolge konsequent geahndet werden. Zudem solle das Bezirksamt laut dem Antrag der BVV zeitnah berichten, wie die zusätzlichen Ein-



**Das Ordnungsamt soll künftig mehr Präsenz zeigen und seine Mitarbeiter künftig vor allem an touristischen Schwerpunkten und auch an Wochenenden gegen Vermüllung vorgehen.** Foto: Ronald Rampsch, AdobeStock

nahmen aus Bußgeldern im Sinne der Verbesserung von Sauberkeit, Ordnung und Prävention im Bezirk eingesetzt werden sollen.

Der schwarz-rote Senat hatte beschlossen, die Bußgelder für illegale Müllentsorgung künftig den Bezirken zugutekommen zu lassen. Hierzu wurde ein eigener Einnahmetitel geschaffen, der es ermöglicht, die Bußgelder direkt den jeweiligen Bezirkshaushalten zuzuführen, so daß die Einnahmen dort verbleiben, wo auch die Kontroll- und Vollzugsarbeit geleistet wird. Der Regierende Bürgermeister hob hervor, daß damit Anreize

geschaffen worden seien, damit Bezirke ihre Kontrollen verstärken und die Bußgeldeinnahmen nicht „auf der Straße liegen lassen“.

„Trotz dieser klaren politischen Zielsetzung ist nicht erkennbar, daß der Bezirk in relevanter Weise von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, indem er systematisch Schwerpunktkontrollen insbesondere an Wochenenden an touristischen Hotspots durchführt“, erläutert Wirrwitz. Gerade an beliebten Ausflugszielen wie an den Seen oder im Umfeld beliebter Einkaufsviertel häuften sich Beschwerden von Anwohnern und

Besuchern über Vermüllung, Zigaretten, Verpackungen und mangelnde Kontrollen. Mit dem neuen schärferen Bußgeldkatalog – etwa mit drastischen Bußgeldern schon für weggeworfene Zigarettenkippen und Einwegverpackungen – liegt nach Ansicht der Bezirksverordneten ein wirksames Instrument vor, das nur dann Wirkung entfaltet, wenn Verstöße festgestellt und geahndet werden.

Der Senat verbinde, so Wirrwitz, mit der Neuregelung ausdrücklich das Ziel, mehr Kontrollen zu erreichen und so den Kampf gegen Müll und Verwahrlosung berlinweit zu stärken. Regelmäßige, sichtbare Punkteinsätze des Ordnungsamts an Wochenenden seien daher doppelt sinnvoll: Sie erhöhen die Sauberkeit und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum durch präventive und repressive Wirkung und führten zugleich zur Verbesserung für den Bezirk, weil die Bußgeldeinnahmen dessen Haushalt zugutekämen und zielgerichtet in Sauberkeits-, Ordnungs- und Präventionsmaßnahmen reinvestiert werden könnten. Damit leiste der Bezirk einen Beitrag zu einer sauberen Stadt und nutze die finanziellen Anreize im Bürgerinteresse,

**Bezirksverordneter Jens Kronhagel**

# S-Bahn und Rathaus vor Blackouts besser schützen

**Steglitz-Zehlendorf.** Um für kommende Blackouts gewappnet zu sein, will die CDU-Fraktion Vorgesorg treffen, daß wenigstens das Rathaus und der S-Bahn-Verkehr vor den Folgen verschont bleiben.

Jens Kronhagel erreichen Sie unter ☎ 0172 / 396 70 24 sowie per E-Mail an [jens-kronhagel@t-online.de](mailto:jens-kronhagel@t-online.de)



In Anträgen des Bezirksverordneten Jens Kronhagel wird das Bezirksamt ersucht zu gewährleisten, daß im Rathaus Zehlendorf und für den S-Bahnbetrieb (zum Beispiel Bahnhofsbeleuchtung und Stellwerksbetrieb) elektrische Spannung „unabhängig vom sonstigen Stromnetz gewährleistet ist“.

Nur durch Zufall war das Rathaus Zehlendorf nach Darstellung Kronhagels nicht vom Stromausfall vom

3. bis zum 7. Januar am Anfang dieses Jahres betroffen. Zukünftig sei daher Vorsorge dafür zu treffen, daß die Bezirksverwaltung bei einem erneuten Ausfall der öffentlichen Stromversorgung autark mit Strom versorgt werde und arbeitsfähig bleibe. „Dies kann beispielsweise durch die Anschaffung von Notstromaggregaten erfolgen.“ Auch die S-Bahn müsse während linksterroristischer Anschläge den Verkehr in den betroffenen Gebieten gewährleisten können.

# Gefahr für Fußgänger vorm Rathaus Steglitz beseitigen

**Steglitz.** Seit Mitte 2025 laufen Fußgänger vor dem Rathaus Steglitz durch einen Schutz-tunnel, weil sich ein Stein aus der Fassade gelöst hatte.

Auf die Kleine Anfrage der CDU hat die Bezirksbürgermeisterin nunmehr schriftlich geantwortet. Nach der Antwort sollen im Frühjahr die gesamte Fassade eingestrichelt und durch direkte In-Augenscheinnahme der konkret notwendige Sanierungsbedarf festgestellt werden. Die Sanierung solle im Anschluß erfolgen. Derzeit werde davon ausgegangen, daß die Sanierungsarbeiten Ende 2026 abgeschlossen sein könnten. Das Schutzgerüst kostet 101,51 Euro pro Tag einschließlich Verkehrs-sicherung, also rund 3000 Euro im Monat. Mietminderungsansprüche seien gegenüber dem Bezirk bisher nicht geltend gemacht worden. Die CDU wird die Bautätigkeiten jedenfalls kritisch überwachen.

Nachdem seit über einem halben Jahr kein Baufortschritt vor Ort feststellbar war, wollte der CDU-Verordnete Jens Kronhagel von der zuständigen Bürgermeisterin Maren Schellenberg (Grüne) wissen, wie die weitere Planung aussieht und welche Kosten dem Bezirk durch den Stillstand entstünden und ob dem Bezirk weitere Kosten bzw. Einnahmeausfälle drohen, weil der im Erdgeschoß befindliche Gastronomiebetrieb seine Außenflächen nicht oder nur eingeschränkt nutzen könne.

# Personalmangel im Tiefbauamt behindert weitere Planungen

**Steglitz-Zehlendorf.** In der Januar-Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Verkehr und Ordnung hat das Bezirksamt berichtet, daß im Bereich Planung/Entwurf des Tiefbauamtes zurzeit vier Stellen vakant seien. Dadurch könnten aktuell keine Neuplanungen vorgenommen werden.

anzeige zu stellen. Mehrere Ausschreibungen konnten mangels adäquater Bewerbungen nicht erfolgreich abgeschlossen werden.

Trotz der Großen Anfrage der CDU in der BVV im März 2025 habe sich die Personalsituation nicht verbessert; die für das Personal zuständige Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg (Grüne) finde zu dieser Problematik keine Lösung, kritisiert der Verordnete Jens Kronhagel. Aus Sicht der CDU seien alle Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, die eine zügige Stellenbesetzung gewährleisten. Hierzu gehöre auch, Möglichkeiten zu prüfen, wie offene Stellen z.B. ohne öffentliche Ausschreibung, durch Bildung und Nutzung von Bewerberpools und Reservelisten, sowie Maßnahmen zu ergreifen mit denen die Tätigkeit im Öffentlichen Dienst trotz geringer Vergütung als in der „freien Wirtschaft“ an Attraktivität gewinnt.“

Zum 1. Februar nahm im Bereich Neubau zwar eine neue Gruppenleiterin ihren Dienst auf, die beiden Gruppenleitungen im Bereich der Straßenunterhaltung seien allerdings noch immer vakant, außerdem seien von den sechs Ingenieuren nur zwei in Vollzeit im Dienst. Zwei weitere arbeiten in Teilzeit und die verbleibenden zwei fallen krankheitsbedingt bzw. aufgrund von Elternzeit teilweise aus. Aus diesen Gründen sehe sich der Fachbereich Tiefbau gezwungen, zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen eine Überlastungs-

**Bezirksverordneter Michael Mc Laughlin**

# Notunterkünfte auch für Menschen mit Haustieren

**Steglitz-Zehlendorf.** Auch Menschen mit Haustieren sollen nach dem Willen der CDU-Fraktion in Notunterkünften in Zukunft Unterschlupf finden.

Sie erreichen den Verordneten Michael Mc Laughlin unter ☎ 0179 / 395 80 81.



Laut einem Antrag des Bezirksverordneten Michael Mc Laughlin solle das Bezirksamt ersucht werden zu prüfen, inwieweit bei der Überarbeitung des Krisennotfallplans eine Unterkunft extra für Menschen mit Haustieren eingerichtet werden könne, etwa die Sporthalle der Rudolf-Steiner-Schule. Die Schule hat laut Mc Laughlin selbst Tiere und kennt daher den Umgang mit Vierbei-

nern, zumal auch eine Tierärztin auf dem Gelände ansässig ist. Der jüngste Krisenfall habe deutlich gemacht, daß der Bezirk auf die Unterbringung von Haustierhaltern nicht ausreichend vorbereitet sei. Für eine humane, praktikable und konfliktarme Notfallversorgung sei es notwendig, auch Unterbringungsmöglichkeiten für Tierfreunde bereitzustellen.

**Bezirksverordnete Beate Roll**

# Regelmäßige Kinotage gegen Alterseinsamkeit

**Steglitz-Zehlendorf.** Einen regelmäßig stattfindenden „Kinotag gegen Einsamkeit“ im Bezirk möchte die CDU-Fraktion einführen.

Sie erreichen Beate Roll unter ☎ 0177 / 817 79 24 oder auch per E-Mail an [roll@cdu-bvv-sz.de](mailto:roll@cdu-bvv-sz.de)



In einem Antrag der Bezirksverordneten Beate Roll wird das Bezirksamt gebeten, in Zusammenarbeit mit örtlichen Lichtspieltheatern, Senioreneinrichtungen und sozialen Trägern einen solchen Tag für ältere Menschen zu organisieren. Damit soll besonders Seniorinnen und Senioren mit wenig sozialen Kontakten im Bezirk eine Möglichkeit zur Begegnung und kulturellen Teilhabe geboten werden.

Einsamkeit im Alter ist nach Rolls Worten ein wachsendes Problem. Ein regelmäßiger Kinonachmittag könnte auf einfache Weise Begegnung, Austausch und Lebensfreude fördern. Die Erfahrungen aus anderen Berliner Bezirken zeigten, daß solche Angebote stark nachgefragt und mit einem vergleichsweise geringen Aufwand umsetzbar seien.

**Bezirksverordneter Leo Wolters**

# Ronnebypromenade mit einer angemessenen Feier freigeben

**Wannsee.** Die Wiedereröffnung der sanierten Ronnebypromenade soll nach Auffassung der CDU Fraktion mit einer angemessenen öffentlichen Feier zu begehen, die Menschen aller Altersgruppen anspricht.

In einem Antrag des Verordneten Leo Wolters wird das Bezirksamt ersucht, die Eröffnungszereemonie unter Beteiligung von lokaler Gastronomie, Wassersportvereinen sowie weiterer Akteure aus der Umgebung stattfinden zu lassen und ein buntes Programm mit musikalischer Begleitung zu bieten.

Zugleich soll nach Wolters' Auffassung geprüft werden, inwiefern die Inbetriebnahme als Auftakt für ein hochwertiges, kuratiertes und perspektivisch wiederkehrendes Veranstaltungsformat genutzt werden



**Der endlich sanierte Anleger am Wannsee soll mit einer angemessenen Feier wiedereröffnet werden.** Foto: O. Schmidt

kann, das zur nachhaltigen Belebung der Ronnebypromenade beiträgt. Dazu will der Kommunalpolitiker auch eine Delegation aus der Partnerstadt Ronneby einladen.

Die Ronnebypromenade wird seit langem mit erheblichen öffentlichen Mitteln umfassend saniert, barrierearm umgestaltet und funktional aufgewertet. Durch neue Wegeverbindungen, Spiel- und Aufenthaltsbereiche sowie die verbesserte Anbindung an den Fähranleger entsteht ein hochwertiger

öffentlicher Raum mit deutlich gesteigerter Aufenthalts- und Nutzungsqualität für die Allgemeinheit. Eine öffentliche Feier mache diese Investition sichtbar, würdige die Bedeutung der Maßnahme für den Bezirk und stärke die Identifikation mit dem neu gestalteten Uferaum. Die Einbeziehung der lokalen Gastronomie sowie von Vereinen, Wassersport- und Kulturakteuren biete laut Wolters die Chance, die Promenade von Beginn an als lebendigen, attraktiven Treffpunkt zu etablieren und

gleichzeitig die ansässige Wirtschaft zu unterstützen.

Ein geeignetes Veranstaltungsformat mit klaren Qualitätsstandards, Beteiligung der Akteure und einem vielfältigen Programm könne unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. Perspektivisch eröffne es die Möglichkeit, die Ronnebypromenade als dauerhaften Ort der Begegnung und damit Voraussetzung für eine langfristige und vielfältige Nutzung als öffentlichen Raum zu schaffen, so Wolters.

Sie erreichen Leonard Wolters per E-Mail an [wolters@cdu-bvv-sz.de](mailto:wolters@cdu-bvv-sz.de)


**IMPRESSUM**

**Herausgeber:**  
 CDU-Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf,  
 Kirchstraße 1-3, 14163 Berlin,  
 Tel.: (030) 90 299-53 10,  
 E-Mail: [info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de](mailto:info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de)  
**V.i.S.d.P.:** Torsten Hippe  
**Redaktion:** Martinus Araújo Schmidt  
**Verlag:** FUNKE Media Sales & Services  
 Berlin GmbH, Wilhelmstraße 139,  
 10963 Berlin, Tel.: (030) 887 277 100  
**Druck:** Pressedruck Potsdam GmbH  
**Auflage:** 124.190 Exemplare



**Haben Sie Anliegen, Beschwerden oder Sorgen? Wir kümmern uns!**

**Wenden Sie sich an Fraktionsvorsitzenden Torsten Hippe:**  
 ☎ 902 99 53 10, Fax- 61 10,  
 E-Mail: [info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de](mailto:info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de)

**Online mehr über unsere Fraktion erfahren:  
 Weitere Infos erhalten Sie auch auf [www.cdu-bvv-sz.de](http://www.cdu-bvv-sz.de)**

## Kurz notiert

## Sprachpatinnen besuchten Stadträtin

**Steglitz.** Die Initiative Sprachpatenschaft informierte jetzt Bildungsstadträtin Malgorzata Sijbrandij aus erster Hand über ihre Arbeit. Das Projekt unterstützt Kinder dabei, ihre Sprach- und Lesekompetenz zu stärken – eine wichtige Grundlage für erfolgreiches Lernen und Teilhabe am Leben Heranwachsender. Dabei gehe es nicht nur um Sprache, sondern auch um Ermutigung und individuelle Förderung, wie Stadträtin Sijbrandij betonte. Sie bedankte sich für den inspirierenden Austausch und das Engagement.

## „Retten und Schützen“ als Wahlpflichtfach

**Steglitz-Zehlendorf.** Der Schulausschuß unter Leitung der CDU-Bezirksverordneten Ute Hahnfeld befaßte sich jetzt mit dem neuen Schulentwicklungsplan und mit dem Antrag der CDU-Fraktion zum Pilotprojekt des Senats „Wahlpflichtfach Retten und Schützen“. In diesem Projekt lernen Schüler Grundlagen von Erster Hilfe, Brandschutz und Verhalten in Notfällen und Krisensituationen – wie etwa Anfang Januar, als 45 000 Haushalte im Bezirk von der Stromversorgung abgeschnitten waren.

## Bildungsstadträtin stellt Entwicklungsplan vor

## „Mehr Schulplätze für Steglitz-Zehlendorf“

**Steglitz-Zehlendorf.** Der Bezirk hat jetzt im Schulausschuß den neuen Schulentwicklungsplan vorgestellt. Was nach Verwaltungsroutine klingt, ist ein klares Signal. „Wie die neuen Daten zeigen, muß der Bezirk rasch handeln, wenn die Schulversorgung für Kinder in den kommenden Jahren sichergestellt sein soll“, sagt Bildungsstadträtin Malgorzata Sijbrandij.

Im vergangenen Schuljahr 2024/25 seien im Bezirk rund 15 000 Kinder in der Grundschule und mehr als 11 200 Schülerinnen und Schüler in den weiterführenden Schulen unterrichtet worden. Die Zahlen seien in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen – im Primarbereich um mehr als sechs Prozent seit 2020. „Das ist erfreulich, denn es zeigt, daß Steglitz-Zehlendorf ein attraktiver Wohn- und Familienstandort ist“, betont Sijbrandij. Aber es stelle den Bezirk vor handfeste Herausforderungen.

An mehreren Grundschulen liege die Auslastung deutlich über dem angestrebten Richtwert von 100 bis 105 Prozent. Die Grundschule in der Plantagenstraße etwa arbeite mit 130 Prozent Auslastung bei einer baulichen Kapazität von lediglich 1,5 Zügen – ein Zustand, der nur durch Improvisationen und Einsatz von Containern vorübergehend abgedeckt werden könne.



Malgorzata Sijbrandij im Gespräch mit Schulkindern der Sachsenwald-Grundschule. Foto: Guido Dankwarth

Sijbrandij: „Daß dies keine Dauerlösung ist, muß jedem bewußt sein“, so die CDU-Politikerin. Noch deutlicher sei die Lage in der Sekundarstufe. Im gymnasialen Bereich fehlten dem Bezirk jetzt rund 580 Schulplätze – das entspreche fünf Klassen. „Schu-

len wie das Arndt- oder das Dreilinden-Gymnasium sind mit über 150 Prozent belegt. Diese Zahlen sind nicht abstrakt: sie bedeuten, daß Kinder im Bezirk keinen Schulplatz in der Nähe erhalten und Lehrer unter Bedingungen arbeiten, die niemand dauerhaft gutheißen kann.“

## Höhepunkt noch nicht erreicht

Was die Lage besonders dringlich mache, sei laut Modellrechnung der Senatsverwaltung für Bildung,

daß die Schülerzahlen bis etwa 2028 weiter anstiegen – sowohl an Gymnasien als auch an den Integrierten Sekundarschulen. „Wer heute beginnt zu bauen, wird in drei bis vier Jahren fertig, sagt die Bildungspolitikerin. „Wir müssen heute Entscheidungen treffen, deren Wirkung erst in der Mitte des nächsten Jahrzehnts sichtbar wird.“

Deshalb begrüße sie es ausdrücklich, daß konkrete Maßnahmen getroffen worden seien: der geplante

Neubau einer Integrierten Sekundarschule am Ostpreußendamm, die Erweiterung des Dreilinden-Gymnasiums sowie der Neubau einer dreizügigen Grundschule im neuen Stadtquartier Lichterfelde Süd: „Diese Projekte sind keine Wunschliste – sie sind notwendig.“

## Gemeinsam Prioritäten setzen

„Haushaltsmittel sind begrenzt“, betont Sijbrandij. Der Senat stehe vor schwierigen Abwägungen. Gesamtstädtische Priorisierungen seien notwendig. „Gleichzeitig möchte ich deutlich sagen: Schulinfrastruktur ist keine optionale Investition. Sie ist Grundlage für Bildungsgerechtigkeit und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit dieser Stadt.“ Deshalb tausche sie sich mit Bildungspolitikern auf Landesebene aus, um die Finanzierung der angemeldeten Maßnahmen voranzubringen.

Dringliche Projekte seien in der Vergangenheit wiederholt verschoben worden. Das dürfe nicht zum Dauerzustand werden. „Der neue Schulentwicklungsplan für den Bezirk liefert die sachliche Grundlage dafür, daß wir gemeinsam und überparteilich die richtigen Schlüsse ziehen“, sagt die CDU-Politikerin: „Der Plan betrifft nicht die Verwaltung. Er betrifft unsere Kinder.“

## Bildnachrichten



## Ortstermin am schmutzigen Bahnhof Wannsee

**Nikolassee.** Gemeinsam mit engagierten Anwohnern besichtigten Vize-Bürgermeister Tim Richter und Baustadtrat Patrick Steinhoff die Situation an Ort und Stelle, vom Bahnhofsvorplatz bis in die angrenzenden Straßen. Deutlich zeigt sich: Müll, mangelnde Sauberkeit und Verwahrlosung sind ein Ärgernis, das nicht so bleiben kann. Die CDU-Bezirkspolitiker nehmen die Hinweise aus der Nachbarschaft ernst und machen aus den gesammelten Vorschlägen jetzt konkrete Anträge für die BVV. Das Ziel ist klar: ein saubererer und sicherer Bahnhof Wannsee für alle, die hier unterwegs sind oder nahe dem Bahnhof wohnen und arbeiten. Vorschläge und Ideen zur Verbesserung der Lage mögen interessierte Bürger an die genannten Bezirkspolitiker richten, so Richters Bitte: „Betroffene haben bereits eine Erweiterung der Fahrradstellplätze vorgeschlagen. Zudem brauchen Pendler Parkplätze für P&R. Weniger Taubenmist oder Gestank in der Bahnhofshalle und mehr Leben an der Schiffsanlegestelle, lauten andere Anliegen von Bürgern. Touristen am Wannsee wundern sich zuweilen, wohin sie geraten sind.“



## Anrudern mit Sport-Förderern der CDU

**Wannsee.** Es ist immer wieder eine große Freude, wenn der Berliner Ruder-Club (BRC) zum jährlichen Anrudern einlädt. Der 1880 gegründete BRC ist einer der ältesten und erfolgreichsten Rudervereine Deutschlands und rudert von der Ostseite des Kleinen Wannsees. Der BRC steht für intensiven Leistungssport und olympische Tradition ebenso wie für Breitensport und eine starke Förderung des Nachwuchses. Die Einladung zu dieser traditionellen Veranstaltung an Sportsfreunde und Kommunalpolitiker der CDU (im Bild Sport-Stadträtin Malgorzata Sijbrandij, Vize-Bürgermeister Tim Richter, MdB Adrian Grasse und BV-Vorsteher René Rögner-Francke) war ein gutes Signal. Dem BRC wünschen wir einen guten Start in die neue Saison und viele schöne Ruderkilometer!

## Gastbeitrag: Ein General gegen Hitler

## Gedenk-Stele erinnert jetzt an Erich Fellgiebel

**Steglitz.** Er war einer der wenigen Wehrmachtsgeneräle, die an vorderster Front im militärischen Widerstand gegen das NS-Regime standen: General der Nachrichtentruppe Erich Fellgiebel.

Zur Erinnerung an den durch das NS-Regime getöteten Widerstandskämpfer stellen nun Cerstin Richter-Kotowski, Staatssekretärin für Kultur, und Kulturstadträtin Malgorzata Sijbrandij eine Stele in der Wrangelstraße in Steglitz auf.

Fellgiebel (1886-1944) war Chef des Heeresnachrichtenwesens und am 20. Juli 1944, dem Tag des Bombenattentats von Claus Graf von Stauffenberg auf Hitler, eine Schlüsselfigur der Verschwörung im „Führerhauptquartier Wolfsschanze“. Seine Aufgabe war, nach erfolgtem Attentat die Funkverbindung des Hauptquartiers nach außen zu kappen, um zu verhindern, dass Hitlers Entourage Gegenmaßnahmen gegen den anlaufenden Staatsstreich unter dem Codenamen „Walküre“ würde einleiten können; das gelang nicht ganz, die Leitungen der SS, die Fellgiebel nicht unterstanden, blieben intakt. Fellgiebel war wohl der erste, der sah, daß Hitler den Anschlag überlebt hatte, und er wusste, daß damit die Erfolgchancen des Aufstands massiv geschwunden waren; und so lautete seine berühmt gewordene telefonische Meldung an die Mitverschwörer in der Bendlerstraße in Berlin: „Es ist etwas Furchtbares passiert: Der Führer lebt.“

Die – vielleicht fragwürdige – Möglichkeit, in dem Chaos unmittelbar nach der Detonation der Stauffenberg-Bombe Hitler mit seiner Dienstpistole zu erschießen, nutzte er nicht, ebenso wenig aber suchte er sich selbst in Sicherheit zu bringen oder sich das Leben zu nehmen: „Man steht. Man tut das nicht“, sagte er zu seiner Ordon-



In der Steglitzer Wrangelstraße stellte Kulturstadträtin Malgorzata Sijbrandij (ganz rechts) zusammen mit der Enkelin Barbara Fellgiebel (in Blau) die Gedenkstele der Öffentlichkeit vor.

nanz. Bereitwillig ließ er sich verhaften, in der Erwartung, seine Motive vor einem Militärgericht darlegen zu können – und wurde von der Gestapo „mit besonderer Bestialität“ (Will Berthold) behandelt. Aus der Wehrmacht „ausgestoßen“, war er Demütigung und Fol-



Erich Fellgiebel gehörte der Widerstandsgruppe des 20. Juli an und wurde 1944 ermordet. F.: wikipedia

ter ausgeliefert und kam statt vor das mit Offizieren besetzte Reichsgericht vor den „Volksgerichtshof“ unter dem Blutrichter Roland Freisler, der ihn am dritten Verhandlungstag im Verfahren gegen die Verschwörer vom 20. Juli, am 10. August 1944, zum

Tode verurteilte; am 4. September starb Fellgiebel am Fleischerhaken in Berlin-Plötzensee.

Von 1938 bis 1942 lebte Fellgiebel, der schon bei Kriegsbeginn 1939 dem Widerstand nahestand und wohl auch Agententätigkeiten gegen das Regime deckte, in der Wrangelstraße 10 in Steglitz. Erst seit April 2025 hängt am Zaun vor der prächtigen Altbauvilla eine Gedenktafel. Jetzt wurde hier auch die Gedenkstele enthüllt. Es ist die 36. solcher von Karin Rosenberg in charakteristischem Rot entworfenen regionalhistorischen Infostelen, die sich offenbar nur im Bezirk Steglitz-Zehlendorf finden und dort wichtige, zumeist zeitgeschichtliche Erinnerungsorte markieren.

Initiiert wurde das Denkmal von der Fellgiebel-Enkelin. Barbara Fellgiebel habe 2019 vor dem Haus in der Wrangelstraße 10 gestanden und sich damals gesagt: „Hier muss eine Stele hin“. „Geschichte wiederhole sich“, sagt sie mahnend mit Bezug auf die Radikalisierung heute. Die heutigen Eigentümer von Fellgiebels einstiger Wohnung haben angekündigt, jährlich um den 20. Juli herum eine Feier im Garten des Hauses zu veranstalten, die für alle Besucher offen sein soll. Konstantin Sakkas